



Bayern

Leitlinien zur Landtagswahl 2013

HEIMAT gemeinsam für die
MENSCHEN gestalten

Bayern 2013-2018

HEIMAT gemeinsam für die MENSCHEN gestalten

Beschlossen auf der Landesmitgliederversammlung am 8. Juni 2013 in Germering.

Impressum

FREIE WÄHLER Bayern
Florian Streibl, MdL
Giesinger Bahnhofplatz 9
81539 München

Unsere Inhalte

HEIMAT gemeinsam für die MENSCHEN gestalten	6
1. Für moderne Bürgermitbestimmung, unabhängige Politik und Transparenz in unserer Heimat - Demokratie 3.0	9
2. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern sichern, Kommunen stärken .	11
3. Kluge Köpfe braucht das Land - Für beste Bildung vor Ort.....	16
Frühkindliche Bildung	16
Schule	17
Berufliche Bildung	19
Hochschule	20
4. Zukunft sichern - Für solide Finanzen in Bayern	22
Haushaltspolitik.....	22
Finanzmarkt	24
5. Gemeinsam leben in einer solidarischen Gesellschaft	26
Familie	26
Jugend.....	28
Senioren.....	29
Demographischer Wandel	30
Bürgerschaftliches Engagement	31
Integration.....	32
6. Wirtschaft, Mittelstand, Handwerk und Forschung - Bayerns ökonomische Vorreiterrolle weiter ausbauen	34
7. Land- und Forstwirtschaft - Qualität und Wertschöpfung in der Region halten	36
8. Öffentlicher Dienst - Für eine effiziente und leistungsstarke Verwaltung	39
9. Arbeit und Arbeitsmarktpolitik - Für gute und gerechte Beschäftigung im Freistaat	40
10. Infrastruktur und Verkehr - Für eine zukunftsfähige Mobilität in Bayern	41

11. Umweltschutz und Energie -	
Für eine gesunde Heimat	44
Erneuerbare Energien	44
Umwelt.....	46
12. Gesundheitspolitik in Bayern -	
Der Mensch im Mittelpunkt.	48
Flächendeckende medizinische Versorgung	48
Prävention	50
Palliativ- und Hospizmedizin.....	51
Pflege und Altersmedizin.....	52
Transplantationsmedizin	53
13. Individuelle Freiheit ermöglichen -	
Innere Sicherheit und Justiz stärken.....	54
Innere Sicherheit	54
Justiz	56
14. Verbraucher- und Datenschutz -	
Für gut informierte und mündige Bürger	58
15. Medien- und Netzpolitik -	
Für Meinungsvielfalt, Freiheit und Verantwortung.....	60
Medienpolitik.....	60
Netzpolitik.....	61
16. Kultur und Brauchtum -	
Für die kulturelle Vielfalt unserer Heimat	63
17. Außen- und Europapolitik -	
Für ein starkes Bayern im Herzen Europas.....	65

HEIMAT gemeinsam für die MENSCHEN gestalten

Unsere Heimat Bayern ist lebens- und liebenswert. Bayerisches Lebensgefühl, die kulturelle Vielfalt und die landschaftliche Schönheit unseres Landes sind auf der ganzen Welt bekannt. Darauf sind wir stolz. Gleichzeitig sehen wir die Verpflichtung, diesen Reichtum auch für kommende Generationen zu erhalten und zu mehren.

Gerade in unserer globalisierten Welt und angesichts einer erhöhten Mobilität gewinnt Heimat für viele Menschen wieder zunehmend an Bedeutung. Heimat verhindert Entfremdung und schafft soziale Identität. Dies gilt umso mehr, wenn Menschen sich aktiv bei der Gestaltung ihres Lebensumfelds einbringen können.

Wir FREIEN WÄHLER wollen unsere praktischen Erfahrungen aus den Kommunalparlamenten auch in der Landespolitik umsetzen. Dementsprechend wollen wir mit allen demokratischen Parteien zusammenarbeiten und im Falle einer Regierungsbeteiligung auch regelmäßige Abstimmungsgespräche mit den Oppositionsfraktionen im Bayerischen Landtag führen, um die Potenziale aller Fraktionen zum Wohle Bayerns in unsere Politik einzubeziehen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen Bayern für die Menschen gestalten, weil sie für uns im Mittelpunkt allen politischen Handelns stehen. Unser Ziel ist eine aktive Bürgergesellschaft, bei der sich möglichst viele Menschen in unserer Gesellschaft politisch einbringen und Verantwortung übernehmen können.

Wir wollen die Bürger deshalb stärker in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen und die direkte Demokratie stärken. Angesichts einer zunehmenden Politikverdrossenheit wollen wir das Verhältnis zwischen den einzelnen Bürgern und dem Staat wieder auf eine vertrauensvolle Grundlage stellen und eine sachbezogene, bürgernahe, unabhängige und ideologiefreie Politik gestalten.

Dabei helfen uns nicht nur unsere starke kommunale Verwurzelung und die über Jahre gesammelten Erfahrungen aus Rathäusern und Kommunalparlamenten,

sondern auch unsere Erfahrung aus unserer erfolgreichen Arbeit im Bayerischen Landtag.

Wir FREIEN WÄHLER wollen verkrustete politische Strukturen aufbrechen und mehr Transparenz in politische Prozesse bringen. „E-Government“ ist deshalb für uns ein wichtiger Baustein zur Stärkung einer offenen und modernen Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, Parteispenden und Sponsoring zu reglementieren, weil nur so das Vertrauen der Bürger in eine unabhängige Politik gewährleistet werden kann. Im Interesse unseres Landes treten wir für einen neuen Politikstil ein, damit unser Land auch für kommende Generationen lebens- und liebenswert bleibt.

- Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern und für leistungsfähige, finanzstarke Kommunen ein.
- Wir wollen, dass der Bürgerwille respektiert wird, und sagen deshalb „nein“ zu unnötigen Prestigeprojekten wie dem Bau einer unnötigen 3. Startbahn oder dem Donaustaufenausbau.
- Wir wollen zukunftsfähige Bildungsregionen für unsere Kinder, die ein hochwertiges, wohnortnahes Bildungsangebot ermöglichen.
- Wir engagieren uns für eine unabhängige und bürgernahe Justiz mit ausreichender Personal- und Sachmittelausstattung.
- Wir setzen uns in der Verantwortung für künftige Generationen für eine nachhaltige Haushaltspolitik und solide Staatsfinanzen ein.
- Wir wollen eine solidarische Gesellschaft und eine weit bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Wir unterstützen eine dezentrale Versorgung mit Erneuerbaren Energien unter stabilen politischen Rahmenbedingungen.
- Wir wollen Bayerns Vorreiterrolle in Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk weiter ausbauen.
- Wir wollen eine starke bäuerliche Landwirtschaft als Garant für hochwertige Lebensmittel und eine intakte Kulturlandschaft.

- Wir treten ein für ein starkes Bayern im Herzen Europas.

Seit unserem ersten Einzug in den Bayerischen Landtag 2008 können wir zahlreiche politische Erfolge verbuchen. Dank unseres Einsatzes wurde bereits zu Beginn der Legislaturperiode ein Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des Debakels bei der Bayerischen Landesbank eingerichtet. Lange vor den Regierungsfractionen haben wir uns bereits für den Ausstieg aus der Atomenergie und die Energiewende eingesetzt.

Unserem Einsatz ist es zu verdanken, wenn die Kommunen endlich die Erlaubnis zur Rücklagenbildung für ihre kostenintensiven Kanalsanierungen erhalten. Wir FREIEN WÄHLER haben das Thema „Bessere Personal- und Sachmittelausstattung der Polizei“ auf die politische Agenda des Bayerischen Landtags gesetzt.

Mit unserer Kernforderung „Mehr Lehrer, kleinere Klassen“ ist es uns nach und nach gelungen, den akuten Lehrermangel zu reduzieren und die Personalausstattung an Schulen zu verbessern. Wir haben uns stark gemacht für den Erhalt des Amerikahauses und die Hochschule für Politik. Unsere Forderungen nach einer besseren Förderung der Meisterausbildung und zum Schulgeldausgleich im Bereich der sozialen Berufe wurden von der Regierungskoalition letztendlich übernommen. Der Initiative der FREIEN WÄHLER ist es auch zu verdanken, dass die Studiengebühren in Bayern endlich abgeschafft wurden.

1. Für moderne Bürgermitbestimmung, unabhängige Politik und Transparenz in unserer Heimat - Demokratie 3.0

Die Bayerische Landespolitik muss bürgernäher und nachvollziehbarer werden. Das Internet bietet neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und Transparenz sowie die bequemere Abwicklung politischer und administrativer Abläufe. Wir FREIEN WÄHLER sehen in E-Government als einer Kombination aus E-Demokratie und E-Administration eine große Chance für die Fortentwicklung unserer Demokratie und setzen uns für eine sukzessive Digitalisierung der Politik ein, wo immer sie einen Mehrwert verspricht. Wir wollen mehr verantwortungsvolle bürgerschaftliche Beteiligung in demokratischen Entscheidungen. Information und transparente Verwaltungsabläufe sind Voraussetzung dafür, dass die Bürger verantwortlich mitgestalten können und damit die Akzeptanz politischer Entscheidungen erhöht wird.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Die Ermöglichung der Eintragung zu Volksbegehren auch über das Internet.
- Die Möglichkeit zu öffentlichen Petitionen im Bayerischen Landtag schaffen, die über das Internet diskutiert und mitgezeichnet werden können.
- Den Ausbau von E-Government.
- Die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes, das auch den Bürgern in Bayern endlich Zugang zu amtlichen Informationen ermöglicht.
- Die Einführung eines Transparenzregisters, das offenlegt, welche Verbände, Unternehmen und Interessenvertreter in Kontakt mit der Bayerischen Staatsregierung und dem Bayerischen Landtag stehen.
- Die Verlängerung der Bindungswirkung von Bürgerbegehren und deren rechtliche Durchsetzbarkeit.

- Die Übertragung von öffentlichen Ausschusssitzungen des Bayerischen Landtags im Internet.
- Einen Online-Bürgerausschuss für modernes Crowdsourcing in der Politik. Hierdurch soll allen bayerischen Bürgern die Möglichkeit eingeräumt werden, Änderungsvorschläge zu Gesetzentwürfen einzubringen, mit denen sich der Landtag befassen muss.
- Die Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung
- Die Beschränkung von Parteispenden auf 20.000 Euro bei juristischen Personen und eine Deckelung der Spenden auf 50.000 Euro bei natürlichen Personen.

2. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern sichern, Kommunen stärken

Bayern ist stark - gerade durch seine Vielfältigkeit. Deshalb wollen wir FREIEN WÄHLER ganz Bayern als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum weiter nachhaltig entwickeln. Insbesondere strukturschwache Regionen müssen von der insgesamt positiven Entwicklung des Freistaats profitieren. Wir wollen einen Gleichklang von Stadt und Land in ganz Bayern.

Dazu muss das Landesentwicklungsprogramm (LEP) am Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern festhalten und in diesem Sinne weiterentwickelt werden. Wir wollen die von uns initiierte Änderung der Bayerischen Verfassung zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen in Bayern nun auch mit Leben füllen. Das bedeutet: Arbeitsplätze vor Ort sichern, Schulstandorte erhalten und die Gesundheitsversorgung in allen Gebieten Bayerns gewährleisten. So ermöglichen wir den Menschen in allen Regionen, in ihrer Heimat zu bleiben.

Überall im Freistaat sollen Bayerns Bürger Lebensglück und Raum zur Selbstverwirklichung finden. Dies muss auch für Menschen mit Behinderung gelten. Für uns bedeuten gleichwertige Lebensverhältnisse daher auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen. Wir bekennen uns ausdrücklich zur UN-Konvention und stehen zur Beteiligungsgerechtigkeit von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft. Die Inklusion ist eine Aufgabe, die Umdenken in vielen Bereichen erfordert und die von Politik und Gesellschaft gemeinsam geleistet werden muss.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Die Fortentwicklung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) im Sinne des ländlichen Raums.
- Die strukturschwachen Regionen unterstützen.
- Bezahlbaren Wohnraum auch in Ballungsräumen erhalten.

- Ein schnelles und leistungsstarkes Internet in ganz Bayern.
- Eine wohnortnahe, flächendeckende Versorgung mit freiberuflichen Haus- und Fachärzten sowie mit inhabergeführten Apotheken.
- Funktionierende und leistungsstarke Not- und Rettungsdienste.
- Ausreichende, gut ausgestattete Polizeikräfte.
- Krankenhäuser in erreichbarer Entfernung.
- Den Erhalt wohnortnaher Schulen.
- Den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im ländlichen Raum ausbauen und seine dauerhafte und zuverlässige Finanzierung sicherstellen.
- Die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft in allen Regionen stärken.
- Die Bereitstellung ausreichender Mittel für den Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur.
- Die kulturelle Vielfalt und Brauchtum bewahren.

Wir FREIEN WÄHLER wollen politische Entscheidungsprozesse in die tiefst mögliche demokratische Ebene verlagern. Politische Verantwortung muss dort wahrgenommen werden, wo auch die Folgen der politischen Entscheidungen zu tragen sind. Die Bürger sollen daher vor Ort wesentlich mehr Entscheidungen selbstständig treffen können. Wir fordern daher die Überprüfung aller Kompetenzen der Länderebene auf die Möglichkeit hin, diese auf untergeordnete Ebenen zu verlagern. Hierfür braucht Bayern schlagkräftige und leistungsfähige Kommunen - von den Gemeinden bis zu den Bezirken.

Dazu müssen vor allem die Gemeinden und Städte, aber auch die Landkreise und Bezirke ausreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden und Planungssicherheit haben. Nur so können die Kommunen Politik

eigenverantwortlich gestalten. Die Kommunen sind die Ansprechpartner vor Ort. Zu ihnen haben die Bürger den engsten Kontakt.

Finanzielle Mittel aus Steuerverbänden, etwa die Einkommensteuerbeteiligung, müssen den Gemeinden ebenso erhalten bleiben wie die Mittel aus dem Finanzausgleich und die Gewerbesteuer.

Die Bürger vor Ort dürfen nicht zu höheren Ausgaben gezwungen werden, wenn die Zusatzausgaben nicht angemessen ersetzt werden. Sozialkosten müssen gerecht zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufgeteilt werden. Wir FREIEN WÄHLER waren die erste Fraktion im Bayerischen Landtag, die dafür ein Bundesleistungsgesetz forderte.

Kernaufgabe der Kommunen ist die Daseinsvorsorge. Die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern wie Wasser muss in öffentlicher Hand bleiben und darf nicht privatisiert werden. Hier wollen wir die Solidarität und Zusammenarbeit zwischen Kommunen fördern.

Wir wollen der Bildung sozialer Brennpunkte und einer Spaltung unserer Gesellschaft in soziale oder ethnische Gruppen mit einer gezielten Einbindung aller Bürger durch Stadtplanung, gute Bildungspolitik und unterstützende Sozialarbeit entgegenwirken.

Wir wollen unsere Ortschaften lebenswert erhalten und menschlich weitergestalten. Das Ausbluten der Innenstädte muss verhindert werden. Daher brauchen wir die Weiterentwicklung der Städtebauförderung ebenso wie eine attraktive Dorferneuerung.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Die Umsetzung der von uns angeregten Verfassungsänderung zur finanziellen Mindestausstattung der Kommunen und einen Kommunalanteil am Steuerverbund in Höhe von 15 Prozent.
- Keine Privatisierung der Wasser- und Abwasserversorgung.

- Ein einfaches und transparentes Vergaberecht, um Bürokratie abzubauen und die Rechtssicherheit für die Kommunen zu gewährleisten. Bürokratieabbau erleichtert die Arbeit in den Kommunen.
- Eine flächendeckende Sicherstellung des Angebots an Schwimmbädern.
- Die Folgen der Bundeswehrreform für die Bürger vor Ort abmildern.
- Die Unterstützung von Kommunen, die von der Schließung oder Verkleinerung von Standorten der Bundeswehr oder der US-Armee betroffen sind.
- Die Sicherung der „Einheimischenmodelle“ für bezahlbaren Wohnraum der Bürger vor Ort.
- Bezahlbaren Wohnbau auch in Ballungsräumen: Die GBW-Wohnungen müssen für die Mieter erhalten bleiben.
- Keine Abschmelzung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau über das Entflechtungsgesetz.
- Keine Absenkung der Finanzmittel für den Städtebau.
- Die Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes, das eine Beteiligung des Bundes und des Freistaats an den Kosten der Eingliederungshilfe regelt.
- Rechtssicherheit für Kommunen durch ein überschaubares und leicht anwendbares Zuschusswesen.
- Eine Anhebung der Erstattungsquote für die Schülerbeförderung von derzeit 60 Prozent auf 80 Prozent.
- Eine Aufstockung der Finanzzuweisungen für staatliche Aufgaben bei den Kommunen auf 80 Prozent.
- Eine Entlastung der Kommunen bei den Kosten für den Digitalfunk bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten durch Einhaltung der Finanzierungszusagen seitens des Freistaats.

- Eine Erweiterung der gesetzlichen Vorgaben der kommunalen Wirtschaftsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien durch Beteiligungen oder eigene Gesellschaften zur lokalen Wertschöpfung.
- Den zwischen dem Freistaat Bayern und den kommunalen Spitzenverbänden bestehenden Pakt zur verstärkten partnerschaftlichen Zusammenarbeit in E-Government-Angelegenheiten mit Leben füllen.
- Die Abschaffung der Altersgrenze für Landräte und Bürgermeister.
- Die Direktwahl des Bezirkstagspräsidenten.

3. Kluge Köpfe braucht das Land - Für beste Bildung vor Ort

Für uns FREIE WÄHLER ist Bildung mehr als die bloße Vermittlung von Wissen. Bildung beginnt im Kleinkindalter und ist ein lebenslanger Prozess. Die Politik muss die geeigneten Rahmenbedingungen dafür schaffen. Deshalb fordern wir „Bildung aus einer Hand“. Darunter verstehen wir, sowohl die frühkindliche Bildung als auch Hochschulbildung gemeinsam mit der schulischen Bildung und der Erwachsenenbildung in einem Ministerium zu vereinen. Eine gute Bildungspolitik soll sich am Wohl der jungen Menschen orientieren, sie fördern und fordern, ohne sie zu überfordern. Jedem jungen Menschen stehen gleiche Chancen zu - egal, aus welcher sozialen Schicht er stammt. Bildung muss in das Leben vor Ort eingebettet sein. Unsere Politik bietet deshalb ein durchdachtes Gesamtkonzept für Bildung.

Frühkindliche Bildung

Frühkindliche Bildung wirkt sich nachhaltig positiv auf die zukünftigen Bildungs- und Lernprozesse unserer Kinder aus und trägt maßgeblich dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen. In den ersten Lebensjahren bis zum Grundschuleintritt werden die Grundlagen für die Entwicklungs- und Bildungschancen unserer Kinder gelegt.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Gleiche Chancen für alle Kinder beim Start ins Schulleben.
- Ein gut ausgebautes, kostenfreies Kinderbetreuungs- und Bildungssystem.
- Geeignete Angebote im Rahmen der familiären Betreuung sowie in Kindertageseinrichtungen in allen Regionen Bayerns.
- Ausreichendes, gut ausgebildetes und angemessen bezahltes Personal in den Einrichtungen.
- Die Aufwertung des Berufsbildes der ErzieherInnen, ihre bessere Bezahlung und ihre kostenfreie Ausbildung.
- Ein staatliches Angebot von Erziehungskursen für werdende Eltern.

Schule

Wir FREIEN WÄHLER wollen zukunftssichernde Bildungsregionen für unsere Kinder. Dabei geht es uns vor allem um die Qualität des Unterrichts. Um hier einen hohen Standard zu erreichen und zu halten, brauchen wir mehr und besser ausgebildete Lehrer. Darüber hinaus sollen Sozialpädagogen, Psychologen oder Beratungslehrer an Schulen mehr als bisher zum Einsatz kommen. Wir wollen die Durchlässigkeit des Schulsystems noch weiter verbessern.

Wir FREIEN WÄHLER fordern möglichst kleine Klassen in allen Schularten. Jede Schule muss größtmögliche Freiheit bei der Ausgestaltung ihrer Unterrichts- und Organisationsstruktur haben. Die vierjährige gemeinsame Grundschulzeit soll erhalten bleiben. Wir begrüßen die Einführung bundesweiter vergleichbarer Bildungsstandards für alle Schulabschlüsse. Jugendliche sollen beim Übergang von der Schule in den Beruf noch besser begleitet werden.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9: Die Schulforen sollen entscheiden, welche Gymnasialform(en) sie anbieten wollen.
- Klassenhöchstgrenzen von 25 Schülern.
- Eine ideologiefreie Bildungspolitik.
- Keine Zerstörung von funktionierenden Schulstrukturen.
- Schülergerechte, passgenaue regionale Lösungen für die Bildungslandschaft.
- Eigenverantwortliche Schulentwicklungsplanungen in den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städten (Bildungsregionen).
- Mehr Gestaltungsspielraum für die Sachaufwandsaufträger bei der Lernmittelfreiheit.

- Eine engere Zusammenarbeit von Haupt-, Mittel-, Wirtschafts- und Realschulen als Ergänzung des bestehenden Systems als Schule der Region dort ermöglichen, wo dies aufgrund rückläufiger Schülerzahlen notwendig ist, um wohnortnahe Schulstandorte zu erhalten und zu gewährleisten.
- Den Ausbau von rhythmisierten Ganztagsklassen und die generelle Ausweitung des Grundschulunterrichts bis 13 Uhr, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.
- Die Sicherung aller Grundschulstandorte in Bayern.
- Die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich.
- Eine individuelle Förderung durch zusätzliches pädagogisches Personal.
- Die Umsetzung der Inklusion an Schulen durch ausreichendes und qualifiziertes Personal.
- Eine einheitliche Eingangsbesoldung für alle Lehrer in A13
- Ein höheres Weiterbildungsbudget für Lehrkräfte.
- Die Einführung eines eigenständigen, einstündigen Faches „Alltags- und Lebensökonomie“ beginnend von der ersten Jahrgangsstufe in allen Schulformen.

Berufliche Bildung

Wir FREIEN WÄHLER fordern eine deutliche Aufwertung der beruflichen Bildung. Das duale Ausbildungssystem hat sich über Jahrzehnte bewährt. Hervorragend ausgebildete Facharbeiter bilden das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Wir wollen, dass die berufliche Ausbildung in der Bildungspolitik wieder aus dem Schatten der akademischen Ausbildung hervortritt und deutlich stärker gefördert wird als bisher.

Im Rahmen der beruflichen Erstausbildung sind diejenigen besonders zu beachten, die sich aus verschiedenen Gründen schwertun, einen Ausbildungsplatz zu finden. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung muss vor allem die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung weiter verbessert werden. Insbesondere soll die Anerkennung beruflicher Abschlüsse an den Hochschulen weiter ausgebaut werden, um das Hochschulstudium für beruflich Gebildete inhaltlich und zeitlich attraktiver zu machen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Durch Einführung einer Weiterbildungsprämie in Höhe von 1000 Euro, die bei der Anmeldung zur Meisterprüfung eingelöst werden kann, die Kosten der Meisterausbildung reduzieren.
- Einen höheren Zuschussanteil beim Meister-BAföG.
- Kleinere Klassen und eine bessere fachliche Weiterbildung der Lehrkräfte.
- Eine bessere finanzielle Ausstattung der Beruflichen Schulen.
- Eine Stärkung des dualen Studiums.

Hochschule

Überfüllte Hörsäle, Bewerberansturm, starre Stundenpläne, unterfinanzierte Hochschulen: Die Studienbedingungen in Bayern belasten unsere Studierenden mehr denn je. Bayern braucht möglichst viele hochqualifizierte und kreative Köpfe für ein bereicherndes gesellschaftliches und politisches Zusammenleben. Wir FREIEN WÄHLER haben erfolgreich für die Wiedereinführung des kostenfreien Erststudiums in Bayern gesorgt und die sozial ungerechten Studienbeiträge abgeschafft.

Wir setzen uns für die weitgehende Selbstbestimmung und die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung der Studierenden sowie für eine transparente Hochschulpolitik ein. Wir machen uns dafür stark, Hochschulen in Ballungszentren und in ländlichen Gebieten gleichermaßen zu fördern. Zudem bekennen wir uns zur Hochschulautonomie und damit zu Subsidiarität und Wettbewerb.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Eine aufgabengerechte Hochschulfinanzierung
- Eine vollständige Kompensation der abgeschafften Studienbeiträge, indem pro Studierenden für das Studium 310 Euro pro Semester aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden.
- Eine integrierte Studierendenschaft als Teilkörperschaft der Hochschule, um die Eigenverantwortlichkeit der studentischen Vertretungen an den Bayerischen Hochschulen zu stärken.
- Ein breit zugängliches und funktionierendes Stipendiensystem.
- Eine ausreichende BAföG-Förderung.
- Bezahlbaren Wohnraum für Studierende.
- Mehr Internationalität im Studium ermöglichen; jedes Bachelorstudium sollte ein Auslandssemester beinhalten und die im Ausland erbrachten

Studienleistungen sollten an bayerischen Hochschulen flexibel anerkannt werden.

- Einen zeitlichen und inhaltlichen Gestaltungsspielraum und den Ausbau von Teilzeitstudiengängen.
- Eine angemessene Bezahlung und Ausstattung unseres Lehrpersonals und des akademischen Mittelbaus.
- Ein bezahlbares Seniorenstudium.

4. Zukunft sichern - Für solide Finanzen in Bayern

Solide Finanzen sind die Basis für eine nachhaltige Zukunftssicherung. Die Schuldenberge der Vergangenheit dürfen nachfolgende Generationen nicht erdrücken. Der Staat muss stets handlungsfähig bleiben, um auch in Krisenzeiten noch reagieren zu können. Die Schuldenkrise in Europa hat gezeigt, dass die Parlamente ihrer Verantwortung, über die Verwendung der Haushaltsmittel tatsächlich selbst zu entscheiden, nicht mehr gerecht werden. Das wollen wir ändern!

Haushaltspolitik

Damit der Staat auch während einer Rezession noch gestalten kann, muss er in wirtschaftlich guten Zeiten Handlungsspielräume schaffen. Maßgabe der Politik muss sein, mit dem Geld des Steuerzahlers sorgsam umzugehen. Der Einsatz staatlicher Mittel muss effizienter werden und sich auf notwendige Aufgaben beschränken.

In diesem Zusammenhang muss auch eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs gefunden werden. Bayern darf sich seiner gesamtdeutschen Verantwortung nicht entziehen. Jedoch muss gewährleistet werden, dass eine Minderheit von Bundesländern eine deutliche Mehrheit nicht dauerhaft quersubventioniert. Nehmerländer müssen stärker in die Pflicht genommen werden und die Mittel mit dem Ziel verwenden, zügig unabhängig von den Geldern der Geberländer zu werden.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Die Verankerung der Schuldenbremse in der Bayerischen Verfassung.
- Einen Abbau der Neuverschuldung angesichts der derzeit hohen Steuereinnahmen.
- Die Rückführung der Altschulden in einem realistischen Zeitraum ohne zusätzliche Belastung der Kommunen und der Bürger vor Ort. Für uns

bedeutet Schuldenabbau nicht nur sparen, sondern auch im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens Investitionen in Wachstum.

- Ein einfaches und gerechtes Steuersystem.
- Eine weitere Entflechtung der Finanz- und Verwaltungsbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie eine Überprüfung der bestehenden Subventionsregelungen.
- Einen gerechten und transparenten Länderfinanzausgleich.
- Die Verhinderung einer EU-Steuer, denn diese nationalstaatliche Befugnis darf nicht auf die EU übertragen werden.
- Die Abschaffung der Erbschaftssteuer, denn durch diese erleidet der familiengeführte Mittelstand bislang erhebliche Wettbewerbsnachteile gegenüber den großen Kapitalgesellschaften. Zudem wird durch die Erbschaftssteuer bereits Versteuertes erneut besteuert. Die Kosten für ihre Erhebung stehen außerdem in keinem Verhältnis zu ihrem Ertrag.
- Einen sorgsamen Umgang mit dem Geld des Steuerzahlers und eine strenge und durchsetzungsstarke Überwachung der staatlichen Ausgaben durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof.

Finanzmarkt

Ein funktionierendes Bankensystem ist von zentraler Bedeutung für das Funktionieren einer modernen Marktwirtschaft. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns deshalb für eine Regulierung des Finanzmarktes und eine stärkere Finanzaufsicht ein, die Risiken minimiert und stabile Banken garantiert.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Kein Zurück zur D-Mark, sondern eine nachhaltige Stabilisierung des Euro-Raums.
- Ein Ende der bisherigen Rettungsschirmpolitik durch ein systematisches Zurückfahren der Rettungsschirmsummen.
- Mehr demokratische Legitimation und Transparenz in der Euro-Politik.
- Die Überprüfung der Banken auf ihre Systemrelevanz; keine Bank darf so groß sein, dass sie ein Systemrisiko darstellen kann.
- Eine optimierte Bankenregulierung.
- Keine europaweite Bankenunion mit einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung, denn diese setzt das Geld deutscher Sparer aufs Spiel.
- Keine europäische Bankenaufsicht für lediglich regional tätige Finanzinstitute.
- Den Erhalt der Sparkassen und Genossenschaftsbanken in der bewährten Form. Die bestehenden Spielräume für regional tätige Kreditinstitute müssen weiterhin erhalten bleiben.
- Eine Haftungstrennung in eine realwirtschaftlich orientierte Bankwirtschaft und Investmentbanken.
- Keine Haftung der Steuerzahler für die Verluste von Banken wie bei der Bayerischen Landesbank.

- Keine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Kreditgeschäfte der Kommunen im Zuge der Bankenregulierung.
- Keine Belastung des Bayerischen Landeshaushalts durch die Euro-Rettungsschirmpolitik.

5. Gemeinsam leben in einer solidarischen Gesellschaft

Die Gemeinschaft aus Eltern und Kindern verdient unseren besonderen Schutz. Sie gilt es als das Fundament unserer Gesellschaft besonders zu stärken. Wir wollen mit unserer Politik Rahmenbedingungen schaffen, um ein familienfreundliches Klima herzustellen.

Unsere Gesellschaft steht durch den demographischen Wandel vor gravierenden Herausforderungen. Das Risiko von Altersarmut ist in unserem Freistaat derzeit überdurchschnittlich hoch. Seit Jahren öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr. Wir FREIEN WÄHLER stellen uns diesen Aufgaben. Wichtig sind uns hier das solidarische Miteinander von Jung und Alt, der Dialog zwischen den Generationen und eine aktive Gleichstellungspolitik. Die erfolgreiche Integration der Bürger mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft ist uns ebenfalls ein Anliegen. Gesundheitspolitik soll künftig im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen angesiedelt werden, wir versprechen uns hierdurch bedeutende Synergieeffekte, da Gesundheitspolitik in alle anderen Felder hineinwirkt.

Familie

Die Erziehung und Sorge für die heranwachsende Generation sind das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern bzw. der Sorgeberechtigten. Der Staat soll Mütter, Väter und Sorgeberechtigte bei der Kindererziehung unterstützen. Sie müssen im Rahmen der Gesetze frei über die Gestaltung ihres Familienlebens entscheiden können.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unser erklärtes politisches Ziel. Noch immer haben Frauen, bedingt durch nicht kontinuierliche Erwerbsbiographien, ein höheres Armutsrisiko im Alter. Das Betreuungsgeld in seiner jetzigen Ausgestaltung sehen wir kritisch, weil es die Erziehungsleistung nicht angemessen würdigt.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Eine Änderung der „92er-Regelung“: Der Rentenanspruch der Mütter von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, muss mit dem der Mütter von Kindern, die nach 1992 geboren wurden, gleichgestellt werden.
- Eine angemessene Berücksichtigung der Erziehung von Kindern und der Pflege von Angehörigen bei der Rentenberechnung.
- Eine pauschale Erhöhung des Kindergelds um 300 Euro pro Jahr, also um 25 Euro pro Monat.
- Den Ausbau kommunaler Familienpolitik.
- Ein verpflichtendes, kostenfreies Kindergartenjahr.
- Keine Bevorzugung bestimmter Formen der Kinderbetreuung von staatlicher Seite, sondern echte Wahlmöglichkeiten auf diesem Gebiet durch die Bereitstellung ausreichender Kinderbetreuungsplätze.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit für Eltern sowie eine reibungslose Rückkehr nach Erziehungszeiten in die Erwerbstätigkeit.
- Eine familiengerechte Ausgestaltung der Sozialversicherungssysteme und der Besteuerung.

Jugend

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit und des Schutzes von Politik und Gesellschaft. Wir FREIEN WÄHLER sehen die Jugendpolitik als Schnittstelle zu unterschiedlichen Bereichen wie Bildung und Ausbildung, Gesundheit und Jugendschutz, Medien und Kultur sowie außerschulischen Betreuungs- und Fürsorgeleistungen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Gerechte Bildungschancen für alle.
- Heimatnahe Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche.
- Den Ausbau wertorientierter Jugendarbeit, um junge Menschen früh in gesellschaftliche Verantwortung einzubinden.
- Ein „Freiwilliges Politisches Jahr“.
- Eine bedarfsgerechte Ausstattung von Jugendorganisationen und freien Trägern.
- Die Förderung des Interesses an Vereinsmitgliedschaften und ehrenamtlichen Engagements. Auch Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien soll der Zugang zu einer sinnvollen wie pädagogisch hochwertigen Jugend- und Vereinsarbeit ermöglicht werden.
- Eine bessere Verzahnung von Schul- und Jugendarbeit.
- Einen besseren Jugendschutz und Prävention in den Bereichen Gewalt, Alkohol und Drogen sowie die Vermittlung von Medienkompetenz.
- Eine intensive und vorbehaltlose Auseinandersetzung mit den Meinungen, Interessen, Visionen und Wünschen von Jugendlichen.
- Mehr politische Bildung zur Stärkung von Jugendlichen gegen extremistische Einflüsse.

Senioren

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns zum Ziel, Senioren aktiv in die Gesellschaft einzubinden. Unsere Seniorenpolitik will den reichhaltigen Erfahrungsschatz der Älteren wesentlich stärker berücksichtigen. Die älteren Bürger wertzuschätzen und ihre Potenziale anzuerkennen, ist uns wichtig.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Eine Mehrgenerationenpolitik, die den Gedanken der Teilhabe ins Zentrum rückt, zum Beispiel durch Förderung von Mehrgenerationenhäusern.
- Eine Stärkung des ehrenamtlichen, sozialen und kommunalen Engagements der Generation 65+.
- Ein bezahlbares Seniorenstudium.
- Eine wohnortnahe Bereitstellung mit Gütern des täglichen Lebens, Bildungseinrichtungen und medizinischer Versorgung.

Demographischer Wandel

Der demographische Wandel wird Bayern gravierend verändern. Wir müssen in vielen Bereichen umdenken, um unser Land zukunftsfähig zu erhalten und weiterhin die ländlichen Räume unserer Heimat für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv zu gestalten.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an die sich durch den demographischen Wandel verändernden Rahmenbedingungen.
- Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern.
- Die Abwanderung aus dem ländlichen Raum stoppen durch den Ausbau und Erhalt einer modernen Daseinsvorsorge in den ländlichen Regionen durch eine leistungsfähige Infrastruktur, eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Lebens und Bildungseinrichtungen sowie medizinischer Versorgung.
- Eine seniorenfreundliche Infrastruktur.
- Wohnortnahe Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser.
- Eine Stärkung dezentraler Verwaltungsstrukturen.
- Eine effiziente Fortentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs.
- Eine bessere Erschließung des Ländlichen Raums mit Straße, Schiene und Breitband.
- Eine Imageoffensive für den ländlichen Raum.

Bürgerschaftliches Engagement

Eine Gesellschaft lebt vom Miteinander. Bürgerschaftliches Engagement ist für uns ein wesentlicher Pfeiler einer menschlichen Gesellschaft und verhindert soziale Kälte. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das bürgerschaftliche Engagement in die Bayerische Verfassung aufgenommen wird. Es stärkt das Bewusstsein für Demokratie und Gemeinwohl.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Die Umsetzung der von uns initiierten Verfassungsänderung zur Stärkung des Ehrenamtes.
- Eine stärkere Würdigung ehrenamtlich engagierter Bürger. Ehrenamtliche, gemeinnützige Tätigkeit muss mehr gesellschaftliche Wertschätzung erfahren.
- Den zügigen Ausbau und die Stärkung der Freiwilligendienste, gerade auch für Katastrophenfälle.
- Eine wirkungsvolle Ausgestaltung der Ehrenamtskarte.
- Ehrenamtslotsen, damit das Engagement der Bürger besser genutzt werden kann.

Integration

Wir FREIEN WÄHLER treten für ein offenes Miteinander zwischen den Menschen aller Kulturen und Religionen in unserem Land ein. Dies kann nur im Dialog geschehen. Miteinander leben ist ein Geben und Nehmen, das Toleranz verlangt für den anderen, Sensibilität im Umgang mit Neuem, aber auch die Anerkennung von Regeln und traditionellen Werten. Die Integrationspolitik der FREIEN WÄHLER stellt den Menschen in den Mittelpunkt - egal, welcher Kultur - fordert Offenheit im sozialen Miteinander und plädiert für die Kenntnis der deutschen Sprache.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Die Verhinderung von Parallelgesellschaften.
- Auch ein Angebot für Religionsunterricht der Schüler anderer Glaubensrichtungen, sofern dafür eine Mindestzahl an Schülern vorhanden ist.
- Integrationsbemühungen ausländischer Mitbürger einfordern und unterstützen.
- Ausreichende und effektive Angebote zur Sprachförderung für Menschen mit Migrationshintergrund.
- Eine verstärkte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, auch vor dem Hintergrund des akuten Fachkräftemangels.
- Eine stärkere Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst.
- Bei bewusster Integrationsverweigerung oder wiederholten Gesetzesverstößen dürfen härtere Sanktionen bzw. eine mögliche Ausweisung in das Herkunftsland kein Tabu sein.
- Die Beschleunigung der Asylverfahren.
- Die menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerbern.

- Eine Erleichterung bei der Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und geduldete Ausländer.
- Die Möglichkeit zur Berufsausbildung für jugendliche Asylsuchende.
- Eine stärkere Einbindung der Kommunen bei der dezentralen Unterbringung der Asylbewerber.
- Eine Sicherstellung der Betreuung von Flüchtlingen. Dazu benötigen wir eine Anhebung von Fördermitteln in diesem Bereich.

6. Wirtschaft, Mittelstand, Handwerk und Forschung - Bayerns ökonomische Vorreiterrolle weiter ausbauen

Die bayerische Wirtschaft, insbesondere der Mittelstand, ist ein Vorzeigemodell für eine innovative und gleichzeitig verantwortungsvolle soziale Marktwirtschaft. Bayerische Unternehmen stellen weltweit anerkannte Qualitätsprodukte her.

Als Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft setzen wir FREIEN WÄHLER auf den Wettbewerb, auf die Tarifautonomie und das Leistungsprinzip. Der Schutz des Eigentums und die unternehmerische Entscheidungsfreiheit genießen für uns einen hohen Stellenwert. Gleichzeitig unterstreichen wir die Bedeutung des Mittelstands für Bayern. Um die unternehmerische Freiheit auch künftig sicherzustellen, muss die Wirtschaft von übermäßigen Belastungen befreit werden.

Wir FREIEN WÄHLER sind uns der herausragenden Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für unser Gemeinwohl bewusst. Forschung generiert Innovationen und Fortschritt und bietet Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme sowie Möglichkeiten der Orientierung bei ethischen Fragestellungen. Wir erkennen die Freiheit von Wissenschaft und Forschung an. Diese findet ihre Grenzen aber da, wo die Würde der menschlichen Person berührt wird. Wir setzen voraus, dass die Freiheit von Wissenschaft und Forschung auch die Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen beinhaltet und diese mit ihren Ergebnissen nicht gefährdet.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Eine Entlastung von Unternehmen und Mittelstand von überflüssiger Bürokratie, zum Beispiel beim Zuschusswesen, bei Genehmigungsverfahren und der Tachografenpflicht für bayerische Handwerker.
- Die Vereinfachung des Vergabeverfahrens im Bereich des öffentlichen Auftragswesens, damit die Zahl der einzureichenden Dokumente möglichst gering gehalten wird.

- Die Vermeidung unnötiger Erschwernisse bei der unternehmerischen Kreditmittelbeschaffung: Basel III darf die Bedingungen für den bayerischen Mittelstand nicht verschlechtern.
- Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Existenzgründer.
- Eine stärkere Unterstützung der bayerischen Unternehmen im Innovationswettbewerb, im Bereich Elektromobilität, Erneuerbare Energien, Speichertechnologie und Biotechnologie.
- Planungssicherheit für den wissenschaftlichen Nachwuchs, strukturierte Förderprogramme sowie eine Bezahlung, die mit den Gehältern an ausländischen Forschungszentren bzw. in der freien Wirtschaft konkurrieren kann.
- Keine Verdrängung der Forschungsfreiheit durch materielles Gewinnstreben.
- Ein Bayerisches Ladenschlussgesetz mit klaren Regelungen zum Verkauf an Tankstellen und Bahnhöfen sowie zu Öffnungszeiten und Event-Shopping.
- Ein bayerisches Tourismuskonzept entwickeln, das insbesondere den strukturschwachen Räumen des Freistaats entgegenkommt und das Erlebnis „Kulturgut Bayern“ international bekannt macht.
- Die Spitzenposition des Automobilstandorts Bayern für Produktion und Zulieferer sichern. Gleichzeitig wollen wir die Erforschung umweltfreundlicher Technologien vorantreiben und das Umweltbewusstsein in diesem Industriezweig fördern.

7. Land- und Forstwirtschaft - Qualität und Wertschöpfung in der Region halten

Wir FREIEN WÄHLER halten eine eigentumsorientierte, gesunde Land- und Forstwirtschaft für die Grundvoraussetzungen eines lebensfähigen und lebenswerten ländlichen Raums, der Heimat bietet. Land- und Forstwirtschaft mit all ihren Bereichen stellen nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher, sondern erfüllen außerdem unersetzbare wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben. Sie sind die tragenden Säulen der regenerativen Energien.

Bis hin zum Tourismus bieten die Land- und Forstwirtschaft auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Wir sprechen uns für ein agrotechnisch anbaufreies Bayern aus, da die Risiken weder ausreichend erforscht noch abschätzbar sind. Wir FREIEN WÄHLER stehen für Planungssicherheit und somit für eine gesicherte Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Den Erhalt einer flächendeckenden und bäuerlich strukturierten Landwirtschaft und die Stärkung der Familienbetriebe.
- Eine Steigerung der Wertschöpfung in der Region durch den Absatz regionaler Qualitätsprodukte.
- Eine Kooperation mit den Landwirten anstatt überbordende ordnungspolitische Vorgaben und ausufernde gesetzliche Regelungen im Umwelt- und Naturschutz.
- Optimierte Vermarktungsstrukturen, um die Bauern innerhalb der Wertschöpfungskette zu stärken.
- Die Stärkung der Marktposition der Bauern, z.B. durch freiwillige Bündelung.
- Flexibel einsetzbare Marktordnungselemente, um auf Marktverwerfungen schnell reagieren zu können.

- Ein mittelfristig agrotechnikfreies Bayern, Deutschland und Europa.
- Keine Spekulationen mit landwirtschaftlichem Grund und Boden.
- Bürokratieabbau auch in der land- und forstwirtschaftlichen Verwaltung.
- Eine Anpassung der EU-Biopatentrichtlinie, um Patente auf Tiere und Pflanzen zu unterbinden.
- Eine höhere regionale Flexibilität bei Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik.
- Praxisrelevante Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramme.
- Die Förderung von benachteiligten Gebieten mit erschwerten Bewirtschaftungsbedingungen.
- Die Stärkung der bäuerliche Alm- und Alpwirtschaft als Garant für die alpenländische Kulturlandschaft.
- Eine Rücknahme der Besteuerung von Biodiesel.
- Keine weiteren Verschärfungen der Auflagen für Gülle- und Siloanlagen.
- Die Bereitstellung von Forschungsmitteln für die heimische Eiweißversorgung.
- Den Erhalt des § 13a Einkommenssteuergesetz zur Erhaltung der kleinbäuerlichen Strukturen.
- Wieder eine umfassende landwirtschaftliche Beratung durch die Landwirtschaftsämter.
- Die Schaffung weiterer Anreize in der Waldwirtschaft, um die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und vor zerstörerischen Eingriffen zu schützen, in enger Zusammenarbeit mit den Waldbesitzern, Jägern und Förstern vor Ort.
- Den Erhalt der Pflichtmitgliedschaft für Eigentümer von Feldern und Wäldern in Jagdgenossenschaften.

- Den Erhalt des Revierjagdsystems.
- Die Beibehaltung des Jagdrechts als ein mit dem Grundeigentum untrennbar verbundenen Recht.
- Eine Stärkung der neutralen Beratung der Privatwaldbesitzer durch die Bayerische Forstverwaltung.
- Eine engere Zusammenarbeit zwischen Forstverwaltung und Staatsforsten.
- Weiterhin eine Unterstützung und Förderung der Forstzweigschlüsse als Selbsthilfeeinrichtungen der Waldbesitzer durch forstliche Beratung und Förderung.
- Keine großflächigen Stilllegungen im öffentlichen Wald.

8. Öffentlicher Dienst - Für eine effiziente und leistungsstarke Verwaltung

Eine effiziente, unbestechliche Verwaltung bringt Standortvorteile im weltweiten Wettbewerb. Voraussetzung dafür aber ist eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Sachmitteln und mit gut ausgebildetem, motiviertem Personal. Deshalb muss der öffentliche Dienst attraktiv bleiben.

Wir FREIEN WÄHLER bekennen uns ausdrücklich zum Berufsbeamtentum. Gleichzeitig wollen wir aber Staatsaufgaben kritisch hinterfragen und Bürokratie abbauen. Der sparsame Umgang mit den Steuergeldern der Bürger ist Hauptaufgabe von Politik und Verwaltung. Ein Stellenabbau ohne Aufgabenkritik würde aber zur Überlastung der Verwaltung führen - und damit nicht zu mehr Effizienz. Wir wollen die Versorgungsrücklagen in den Pensionsfonds im Interesse eines fairen Umgangs mit den Staatsbediensteten und im Interesse einer soliden und nachhaltigen Haushaltspolitik wieder erhöhen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Eine bürgerfreundliche und bürgernahe Verwaltung, also auch den Erhalt wichtiger Behörden vor Ort.
- Größtmögliche Transparenz für den Bürger.
- Den sinnvollen Einsatz von E-Government-Maßnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verwaltungsverfahren.
- Keine dauerhafte Übertragung hoheitlicher Befugnisse in ihren Kernbereichen auf private Unternehmen, private Sicherheitsdienste in Justizgebäuden.
- Die nachhaltige Schaffung von Pensionsrücklagen für die Beamtenversorgung.

9. Arbeit und Arbeitsmarktpolitik - Für gute und gerechte Beschäftigung im Freistaat

Vollzeitbeschäftigung muss ausreichen, um den eigenen Lebensunterhalt angemessen bestreiten zu können. Wer Vollzeit arbeitet, muss so viel verdienen, dass er keine staatliche Hilfe in Anspruch nehmen muss. Eine faire Entlohnung sorgt für die notwendigen Leistungsanreize.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Frauenförderung im Beruf: Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden.
- Zurück zu sachbezogenen Befristungen der Arbeitsverträge, die über sechs Monate hinausgehen.
- Die Eingrenzung der Leiharbeit auf die Abdeckung von Auftragsspitzen. Damit steht den Unternehmen ein Instrument zur Verfügung, um personalpolitisch flexibel reagieren zu können. Das Instrument der Zeitarbeit darf aber nicht ausufern und zur unsozialen Kostensenkung oder Verdrängung der Stammbeschäftigung missbraucht werden. Der Staat soll mit gutem Beispiel voran gehen und selbst keine Leih- und Zeitarbeiter anstellen.
- Die Einführung flächendeckender, regionen- und branchenspezifischer Lohnuntergrenzen, die verbindlich geregelt und von einer unabhängigen Kommission festgelegt werden. Darüber hinaus gehende tarifliche Abschlüsse bleiben weiterhin wirksam. Hierdurch verhindern wir Lohndumping und die Quersubventionierung von ALG-II-Aufstockern.
- Eine bedarfsgerechte Zuwanderung qualifizierter ausländischer Fachkräfte.
- Die stärkere Integration älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsalltag.
- Die Schieflage sozialer Berufe stoppen und ihre Wertschätzung erhöhen.
- Tricksereien bei der Arbeitslosenstatistik beenden.
- Faire Arbeitsbedingungen für Praktikanten.

10. Infrastruktur und Verkehr - Für eine zukunftsfähige Mobilität in Bayern

Bayern trägt die Verantwortung für eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur in allen Regionen. Gerade durch die zentrale Lage Bayerns in Europa sind leistungsfähige Transportwege für die Bürger und die Wirtschaft unerlässlich, egal ob auf der Schiene, auf der Straße, zu Wasser oder in der Luft. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss gerade im ländlichen Raum verbessert werden. Wir setzen uns deshalb für eine Erhöhung der Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz und eine Erhöhung des Kommunalanteils am Kraftfahrzeugsteuerverbund ein.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Den verantwortungsvollen und bedarfsgerechten Erhalt und Ausbau des Verkehrsinfrastrukturnetzes. Dazu gehören für uns zum Beispiel der Ausbau der Neufahrner Kurve, die Strecke München-Mühldorf-Freilassing, die Elektrifizierung der Strecke München-Lindau, eine zeitnahe Realisierung des S-Bahn-Haltepunkts Forchheim-Nord und der zügige viergleisige Ausbau der westlichen Linie der S4 von Pasing nach Buchenau sowie die grundsätzliche Sanierung des kompletten Münchner S-Bahn-Netzes.
- Mehr Mittel für den jahrelang unterfinanzierten Bau und Erhalt der bayerischen Staatsstraßen. Dabei muss ein höherer Anteil der Steuereinnahmen aus dem Verkehrsbereich für die Verkehrshaushalte vorgesehen werden. Eine Verstetigung der Ausgaben im Verkehrsbereich verhindert zudem, dass Politik in diesem Feld nach Haushalts- und Kassenlage betrieben wird.
- Eine Verbesserung der Gemeindeverkehrsfinanzierung für schlaglochfreie Straßen in ganz Bayern.
- Eine Beschleunigung von Straßensanierungen, um jahrelange Dauerbaustellen zu vermeiden.

- Eine Modernisierung und einen kundenfreundlichen sowie behindertengerechten Ausbau der Bahnhöfe.
- Eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf klimafreundlichere Verkehrswege wie Schiene und Wasserstraßen.
- Keine unsinnigen Prestigeprojekte wie eine dritte Startbahn am Münchner Flughafen, stattdessen eine Stärkung anderer bayerischer Flughäfen, wie zum Beispiel Nürnberg.
- Keinen unnötigen Donauausbau durch teure und unsinnige Staustufen.
- Eine stärkere Berücksichtigung der Kostenrisiken bei Großprojekten, wie der zweiten Stammstrecke in München.
- Mehr Mitsprache für die regionalen Planungsverbände bei der Erstellung des Staatsstraßenausbauplans.
- Eine kommunalfreundliche Lösung für die Finanzierung von Straßen auf dauerhaft hohem Niveau und entsprechende Mittelzuweisungen durch den Bund.
- Keine Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (PPP) zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur.
- Die Berücksichtigung der Anforderungen an barrierefreie Mobilität bei allen Verkehrsprojekten.
- Eine Verbesserung des ÖPNV und der Schülerbeförderung im ländlichen Raum.
- Eine bürger- und kommunalfreundliche Überarbeitung und Neugestaltung der Konzessionsvergaben im ÖPNV.
- Die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken, wo ein Bedarf vorhanden ist.
- Eine Preisstabilität beim Bayern-Ticket.

- Eine verstärkte Radwegförderung und sichere Abstellmöglichkeiten von Fahrrädern, zum Beispiel an Bahnhöfen.
- Eine Erprobung und Fortentwicklung neuer Mobilitätskonzepte, wie zum Beispiel Bürgerbusse, Car-Sharing und Elektrobusse.
- Einen besseren Lärmschutz bei Flughäfen, Straßen und Schienen.
- Mehr Transparenz bei der Geschwindigkeitsüberwachung.
- Keine Gigaliner auf bayerischen Straßen, sondern den Schienenverkehr attraktiver gestalten.
- Eine bessere Verkehrsanbindung des ostbayerischen Raums an Tschechien.

11. Umweltschutz und Energie - Für eine gesunde Heimat

Erneuerbare Energien

Bei Planung und Umsetzung der Energiewende müssen die Bürger vor Ort eingebunden werden. Eine sichere Energieversorgung, Umwelt- und Klimaschutz sind Themen, die die Bürger mit zunehmender Sensibilität verfolgen. Steigende Energiepreise und die Energieerzeugung aus fossilen Rohstoffen rücken die Themen „Energieversorgung“ und „Klimaschutz“ mehr und mehr in den Fokus tagesaktueller Ereignisse. In Zeiten knapper Kassen und einer finanziellen Unterversorgung vieler Gemeinden sehen die FREIEN WÄHLER die erneuerbaren Energien als nachhaltigen Entwicklungsbeschleuniger und Job-Motor der Zukunft, gerade auch für den ländlichen Raum. Dazu muss die Forschung ambitioniert unterstützt werden. Denn nur wer von Energieimporten und damit von steigenden Preisen unabhängig ist, kann sich der regionalen Versorgungssicherheit und Preisstabilität sicher sein. Eine regionale, effiziente Versorgung durch erneuerbare Energien sowie nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen sind uns ein besonderes Anliegen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Kein Zurück zur Atomkraft!
- Die stets gewährleistete Rückholbarkeit des Atommülls, um das hochgefährliche Material für die Zukunft unter Kontrolle zu haben. Auch die jahrzehntelange ergebnislose Endlagersuche erfordert einen solchen Strategiewechsel.
- Den Klimaschutz durch Umstellung auf Erneuerbare Energien fördern.
- Effiziente Maßnahmen zur Energieeinsparung.
- Eine durchdachte Umsetzung der Energiewende.
- Eine gerechte Verteilung der Lasten der Energiewende.
- Einen Masterplan für eine durchdachte Umsetzung der Energiewende.

- Die Förderung der technologischen Entwicklung und des Ausbaus der Erneuerbaren Energien.
- Eine effizientere Nutzung von Windkraft, Wasserkraft und Biogasanlagen.
- Verstärkte Forschungsaktivitäten im Bereich der Speichertechnologien und intelligenter Stromnetze („Smart Grids“ bzw. Lastmanagement).
- Eine lokale Wertschöpfung durch Installation, Betrieb und Wartung regenerativer Kraftwerke ermöglichen.
- Die Stärkung von Bürgergenossenschaftsmodellen in der Energieerzeugung.
- Die Einrichtung eines eigenen Energieministeriums zur Bündelung und Koordinierung öffentlicher Aktivitäten zur Umsetzung der Energiewende.
- Flexible Programme zur energetischen Gebäudesanierung.
- Die flächendeckende Einführung von Energieberatungsstellen für Endkunden.

Umwelt

Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck, sondern sichert und verbessert nachhaltig das Zusammenspiel zwischen Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen für die Menschen heute und für künftige Generationen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Kein Fracking in Bayern, solange Spätfolgen durch diese Art der Gasförderung nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden können.
- Effektive Maßnahmen für Hochwasserschutz, vor allem auch durch Wasserrückhalteeinrichtungen.
- Den Erhalt der Artenvielfalt und gleichzeitig den Schutz unserer heimischen Tier- und Pflanzenarten vor nicht-heimischen Arten.
- Die Bewahrung unserer heimischen Natur- und Kulturräume durch ihre nachhaltige Weiterentwicklung.
- Eine Verringerung des Eintrags von Schadstoffen in Boden, Wasser und Luft.
- Eine intelligente Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Flächeninanspruchnahme für Verkehrs- und Siedlungsentwicklung, um auch den nachfolgenden Generationen noch genügend Planungsspielraum zu erhalten.
- Mobilfunkeinrichtungen auf ihre Gesundheitsrisiken überprüfen.
- Verstärkte Maßnahmen zur Revitalisierung von Innenstädten und zur Renaturierung von Industrie- und Gewerbebrachen.
- Eine frühzeitige Einbindung von Bürgern und Kommunen bei der Planung von Großprojekten und der Ausweisung von großflächigen Schutzgebieten.
- Den grundsätzlichen Verzicht auf genveränderte Lebens-, Saat- und Futtermittel.

- Einen effektiven Management-Plan für große Beutegreifer und einen geeigneten Entschädigungsplan bzw. Abwehrmaßnahmen.

12. Gesundheitspolitik in Bayern - Der Mensch im Mittelpunkt.

Flächendeckende medizinische Versorgung

Wir FREIEN WÄHLER wollen weiterhin eine wohnortnahe und flächendeckende Gesundheitsversorgung in ganz Bayern erhalten. Ländliche Regionen müssen gezielt gestärkt werden, damit kein Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land entsteht. Eine Versorgungslücke können wir nur in der Zusammenarbeit mit freiberuflichen sowie niedergelassenen Haus- und Fachärzten, Apothekern und Therapeuten verhindern.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Den Erhalt der Freiberuflichkeit des Arztes. Der Arzt ist dem Wohl des Patienten verpflichtet und ist nicht Kontrolleur der Krankenkassen.
- Die Stärkung der flächendeckenden und wohnortnahen Haus- und Facharztversorgung. Das ist für eine gute medizinische Versorgung, insbesondere älterer Menschen, unerlässlich.
- Neue Versorgungsmodelle weiter fördern und ausbauen. Oft liegt die nächste Facharztpraxis viele Kilometer entfernt oder Hausarztpraxen schließen bzw. wandern in städtische Regionen ab. Die Lösung sind hausarztzentrierte, innovative Versorgungskonzepte (MVZ, ärztliche Leitung), der weitere Ausbau der Telemedizin sowie interdisziplinäre Netzwerke.
- Den Erhalt und Ausbau kommunaler Krankenhäuser durch eine solide und verlässliche Finanzierung sichern und die Vielfalt öffentlich-rechtlicher, privater und gemeinnütziger Träger bewahren. Das garantiert, dass Krankenhäuser in erreichbarer, wohnortnaher Entfernung bleiben.
- Eine deutliche Erhöhung der Krankenhausinvestitionsfördermittel.

- Den Ärztemangel besonders auf dem Lande bekämpfen, indem wir die Arbeitsbedingungen der Ärztinnen und Ärzte vor Ort verbessern (Vereinbarkeit von Beruf und Familie).
- In der Notfallmedizin eine solide und verlässliche Bezahlung aller Beteiligten.
- Inhabergeführte Präsenzapotheken erhalten. Der Apotheker muss Ansprechpartner für den Patienten vor Ort sein und bleiben.
- Mehr Lehrstühle für Allgemeinmedizin an bayerischen Universitäten.
- Den Gesundheitsfonds abschaffen. So erhalten die gesetzlichen Krankenkassen wieder ihre Beitragsautonomie. Letzten Endes erhöht das den Wettbewerb unter den Kassen und der Versicherte profitiert von besseren Angeboten und niedrigen Beitragssätzen.
- Die Regresse abschaffen.

Prävention

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Gesundheitsleistungen auch in Zukunft bezahlbar bleiben. So profitieren alle Bürgerinnen und Bürger von einer besseren medizinischen Versorgung. Das kann nur gelingen, indem wir die zunehmende Bürokratie im Gesundheitssektor abbauen und gleichzeitig die Prävention stärken. Denn Prävention schützt vor langwierigen und teuren Behandlungen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Die Öffentlichkeit mittels Aufklärungskampagnen sensibilisieren.
- Im Zuge einer umfassenden Präventionsstrategie eine fundierte Gesundheitsbildung ermöglichen. Dazu müssen wir schon im Kindes- und Jugendalter ein Bewusstsein für gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung schaffen.
- Den Ausbau der betrieblichen Gesundheitsvorsorge. Gute Prävention schließt auch den Arbeitsplatz mit ein.
- Anreizsysteme für Ärzte und Patienten schaffen. Bonusmodelle zur Stärkung der Eigenverantwortung sollen fester Bestandteil eines umfassenden Präventionskonzeptes, auch bei privater Gesundheitsvorsorge sein.
- Die Kur- und Heilbäder Bayerns fördern. Ihre Angebote sind ein wertvoller Beitrag zur Präventionsarbeit.
- Eine bessere Hilfe bei Suchtbekämpfung und Drogentherapie durch den Ausbau von Suchtberatung in Justizvollzugsanstalten und AIDS-Beratungsstellen.

Palliativ- und Hospizmedizin

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass der Umgang mit dem Tod in unserer Gesellschaft kein Tabu ist. Sterbende Menschen und ihre Angehörigen bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Den Ausbau der Geriatrie- und Palliativmedizin. Unser Ziel der flächendeckenden Palliativversorgung erreichen wir durch die Förderung mobiler Reha- und Kinderpalliativteams. Wir brauchen mehr Palliativbetten und weitere geriatrische Spezialeinrichtungen, wie Schmerzkliniken und Fachabteilungen.
- Die fachspezifische Weiterbildung von Pflegekräften und stärkere Unterstützung für ehrenamtlich tätige Hospizhelfer.
- Das DRG-basierte Abrechnungssystem auf Palliativstationen abschaffen. Mit der Rückkehr zur Fallpauschalabrechnung steht wieder der Mensch im Mittelpunkt und nicht die Kosten, die er verursacht.

Pflege und Altersmedizin

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben auch im hohen Alter möglich bleibt. Jeder Mensch hat das Recht in seinen eigenen vier Wänden würdevoll und selbstbestimmt zu altern.

Wir FREIE WÄHLER wollen:

- Eine Bekämpfung des Fachkräftemangels. Dazu gehört auch die Anerkennung vergleichbarer Abschlüsse der Pflegeberufe innerhalb der EU.
- Keine Altersbegrenzungen für medizinische Leistungen.
- Den Ausbau alternativer Wohnformen wie zum Beispiel Wohngruppen für Menschen mit Demenz und innovative Konzepte vor Ort.
- Eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung. Dazu gehört insbesondere die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.
- Eine Offensive für Pflegekräfte, um den Bedarf an Pflegepersonal zu decken, müssen die Pflegeberufe für junge Menschen attraktiver werden. Deshalb fordern wir einen ausreichenden Personalschlüssel, qualifizierte Aus- und Weiterbildung und eine angemessene Honorierung.
- Eine Aufwertung des Pflegeberufes in der Gesellschaft. Dazu gehören eine bessere Bezahlung und die Akademisierung der Pflege. Fachkräfte, die sich weiterbilden wollen, müssen gefördert und unterstützt werden.
- Die strikte Umsetzung der aktivierenden Pflege in Heimen und der ambulanten Pflege.
- Eine Einsparung bei den Pflegekosten durch mehr zivilgesellschaftliches Engagement und Entbürokratisierung.
- „Eigenheim statt Pflegeheim“ als Grundsatz, das heißt, den Ausbau von generationenübergreifenden Wohnformen und Betreuungsnetzwerken zu fördern.
- Eine objektive, transparente und unabhängige Bewertung der Pflegeheime.

Transplantationsmedizin

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Transplantationsmedizin wieder hergestellt wird. Die Spendenbereitschaft in Bayern muss deutlich verbessert werden, damit die Menschen, die auf eine Organtransplantation warten, auch eine Chance zum Überleben haben.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Die Öffentlichkeit durch mehr Kampagnen besser aufklären und somit die Spendenbereitschaft erhöhen.
- Die Verbesserung der Transparenz, so dass alle Vorgänge im Bereich der Transplantationsmedizin für jeden objektiv nachvollziehbar sind.
- Eine verbesserte Zusammenarbeit der verschiedenen Transplantationszentren.

13. Individuelle Freiheit ermöglichen - Innere Sicherheit und Justiz stärken

Es ist Aufgabe des demokratischen Gesetzgebers, durch verlässliche und gerechte gesetzliche Vorgaben einen Raum der Sicherheit, des Rechts und damit der Freiheit des Einzelnen zu schaffen.

Innere Sicherheit

Wir FREIEN WÄHLER wollen eine angemessene Balance zwischen bürgerlicher Freiheit und innerer Sicherheit wahren. Unsere Freiheitsgrundrechte sind die Grundlage unserer Staatsordnung; an ihr muss sich jeder staatliche Eingriff messen lassen. Wir sehen die garantierte Freiheit der Bürger aber auch als Herausforderung für jeden Einzelnen, verantwortungsvoll damit umzugehen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Bessere Rahmenbedingungen für die Bayerische Polizei, das heißt: eine ausreichende Personalausstattung auf Basis einer Sollstärkenberechnung, leistungsbezogene Bezahlung, gute Aufstiegsmöglichkeiten und ausreichend Freizeit zwischen den Einsätzen.
- Die Erstellung eines Personalentwicklungsprogramms auf Basis einer Personalentwicklungsprognose bei der Polizei.
- Eine Personalschlüsseländerung für den ländlichen Raum.
- Den Erhalt kleiner Polizeidienststellen.
- Ein Fortbildungskonzept für die Polizei zur wirksameren Bekämpfung der Cyberkriminalität.
- Keine namentliche Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte.
- Bessere Rahmenbedingungen für die Ausbildung der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes.

- Eine bessere Sachmittelausrüstung für unsere Sicherheitskräfte auf dem neuesten Stand der Technik.
- Intensivere, verbesserte und länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und des Verfassungsschutzes.
- Verstärkte Maßnahmen gegen den internationalen Drogenhandel, vor allem im Grenzgebiet zu Tschechien.
- Kriminalität verhindern, vor allem im Vorfeld durch Bildung und Werteerziehung, besonders im Bereich der Jugendkriminalität.
- Die massive Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus, egal ob von rechts oder links oder religiös motiviert.
- Einen sorgsamen Umgang mit und eine sorgsame Aufbewahrung von Waffen. Wir haben eines der schärfsten Waffenrechte der Welt und halten dies für ausreichend. Eine zentrale Lagerung der Waffen in Schützen- und Vereinsheimen lehnen wir ab.

Justiz

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass der Rechts- und Justizstandort Bayern gestärkt wird. Wir erachtet das Vertrauen der Bürger in die Unabhängigkeit der Justiz als eines der wichtigsten Güter in unserem Rechtsstaat. Dieses gilt es unbedingt zu erhalten.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Die Unabhängigkeit der Justiz, ein Ende der politischen Einflussnahmen auf staatsanwaltschaftliche Entscheidungen und die Abschaffung des externen Weisungsrechts an die Staatsanwaltschaft.
- Transparente Wege bei Personalentscheidungen mit Hilfe einer Stärkung der Beteiligungsrechte der jeweils betroffenen Organe der Rechtsprechung und der Personalvertretungen.
- Eine wohnortnahe Justiz, damit die Einrichtungen der Rechtspflege den Bürgern flächendeckend zur Verfügung stehen.
- Eine ausreichende Personal- und Sachmittelausstattung, weil der Anspruch des Bürgers auf die Gewährung effektiven Rechtsschutzes nicht gefährdet sein darf.
- Die Gewährleistung der Sicherheit in unseren Justizbehörden und mehr Justizwachmeister.
- Die eigenständige Verwaltung und Verantwortung der Justiz in finanzieller und organisatorischer Hinsicht.
- Eine schnelle und unbürokratische Betreuung und Entschädigung der Opfer.
- Eine Beschleunigung der Verfahren bei Gericht und Staatsanwaltschaften.
- Eine effektivere Vollstreckung in Zivilsachen, insbesondere eine Beschleunigung durch genügend Gerichtsvollzieher.

- Eine Verbesserung der Rechte von gerichtlich untergebrachten Personen in psychiatrischen Einrichtungen.
- Eine Verbesserung der Personalausstattung und der Arbeitsbedingungen im Strafvollzug.
- Eine Verschärfung der Strafnorm bei Abgeordnetenbestechung.
- Eine erleichterte Ausweisung von wiederholt schwer straffälligen Ausländern.

14. Verbraucher- und Datenschutz - Für gut informierte und mündige Bürger

Das Ziel unserer Verbraucherschutzpolitik ist der gut informierte und mündige Bürger. Damit jeder zu seinem Recht kommt, setzen wir FREIEN WÄHLER uns für transparente Verfahren und klare, unbürokratische Regelungen ein. Unser Grundgesetz schützt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Doch der schnelle technische Fortschritt im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologien macht eine ständige Überprüfung datenschutzrechtlicher Regelungen zum Schutz der Bürger notwendig. Im Spannungsdreieck zwischen Staat, wirtschaftlichen Interessen und dem Grundrechtsschutz stehen für uns die Interessen der Bürger im Vordergrund.

Der Staat muss einen geeigneten Rechtsrahmen für Verbraucherrechte schaffen und für eine effektive Durchsetzung sorgen. Verwaltung und Unternehmen dürfen dabei aber nicht durch bürokratische Regelungen überlastet werden.

Die regionale Lebensmittelproduktion muss gefördert werden, denn nur vor Ort hergestellte Lebensmittel können dazu beitragen, die Risiken globalisierter Produktions- und Handelswege abzumildern und Skandale um falsch deklarierte Lebensmittel, wie zum Beispiel Pferdefleisch in der Tiefkühl-Lasagne, zu verhindern. Die bisherige Verbraucherschutzpolitik in Bund und Land hat hier bislang versagt.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Ein Bayerisches Informationsfreiheitsgesetz für mehr Transparenz in bayerischen Behörden.
- Zeitgemäße und wirksame datenschutzrechtliche Regelungen, denn Datenschutz ist Grundrechtsschutz. Die Bürger müssen ohne großen Aufwand ihre Verbraucherrechte überblicken können.

- Eine verstärkte Regionalisierung in der Lebensmittelproduktion. Lebensmittel aus der Region erleichtern einen nachhaltigen und klima- und tierschutzfreundlichen Konsum und verkürzen Transportwege.
- Eine klare Lebensmittelkennzeichnung und bessere Verbraucherinformationen.

15. Medien- und Netzpolitik - Für Meinungsvielfalt, Freiheit und Verantwortung

Medienpolitik

Eine bunte Medienlandschaft garantiert Meinungsvielfalt. Der Erhalt von Bayerns lokalen Fernseh- und Radiosendern sowie Zeitungen ist von entscheidender Bedeutung für alle Regionen. Sie sind die Berichterstatter des lokalen und regionalen Geschehens in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Sport, die beim Bürger vor Ort auf hohe Akzeptanz stoßen und die Identifikation der Bewohner mit ihrer Region und ihrer Heimat stärken.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Den Erhalt von Informations- und Bildungsangeboten durch die öffentlich-rechtlichen Medien.
- Eine Stärkung der regionalen Rundfunk- und Fernsehsender.
- Mehr Transparenz bei der Mittelverwendung der Rundfunkbeiträge.
- Die Monopolstellung der GEMA überdenken und mehr Transparenz schaffen.
- Eine Stärkung der Rechte der Rundfunkteilnehmer und Rundfunkbeitragszahler.

Netzpolitik

Die zunehmende Bedeutung der Informations- und Telekommunikationstechnologien führt zu neuen Verfahren und Gewohnheiten im Zusammenleben der Menschen. Hieraus erwächst der Bedarf für eine Überprüfung, Anpassung und Fortentwicklung bestehender Rechtsgrundlagen, aber auch der allgemeinen politischen Gestaltung des Lebens in der digitalen Gesellschaft. Unsere Netzpolitik stellt die Vorteile des Internets in den Vordergrund. Es ist unser erklärtes Ziel, seine Potenziale für unsere Gesellschaft nutzbar zu machen. Zugleich weisen wir aber auf die politischen Herausforderungen hin.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Zugang zum schnellen Internet durch breitbandige Verbindungen für alle Bürger in allen Regionen Bayerns. Wir wollen den bayerischen Bürgern flächendeckend einen Zugang zu einer Geschwindigkeit von 50 MBit/s ermöglichen.
- Kostenfreies W-LAN in öffentlichen Bereichen der Städte und Gemeinden.
- Die Freiheit des Internets erhalten. Netzsperrern, die Nutzer von der digitalen Gesellschaft ausschließen, lehnen wir ab.
- Eine klare rechtliche Regelung zu staatlichen Eingriffen und Kontrollversuchen, z.B. durch Software- und Telekommunikationsüberwachung. Wir fordern daher „Trojaner-Gesetze“ für Bund und Länder, um klare Regeln für den Einsatz der Spionage-Software einzuführen.
- Einen stärkeren Schutz personenbezogener Daten im Internet, um die Möglichkeiten zur Datenerhebungen von Bürgern, zum Beispiel in Sozialen Netzwerken oder Geodatendiensten, klar zu reglementieren.
- Mehr Engagement im Bereich der Cybersicherheit, um Phishing, Malware und Hacker-Angriffe effektiver einzudämmen.

- Das Fortbildungskonzept zur Bekämpfung der Cyberkriminalität über die Justiz hinaus auf die Polizei ausdehnen sowie eine Verbesserung der personellen und technischen Ausstattung der Polizei in diesem Bereich.
- Klare Regelungen des Urheberrechts im Internet, um Rechtssicherheit zwischen Rechteinhabern, Verwertern und Nutzern herzustellen.
- Eine bessere Gewährleistung des Jugendschutzes im Internet.
- Eine Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel durch gezielte „Netzerziehung“ an Schulen.

16. Kultur und Brauchtum - Für die kulturelle Vielfalt unserer Heimat

„Bayern ist ein Kulturstaat“. Was in der Bayerischen Verfassung verankert ist und damit dem Freistaat bundesweit ein Alleinstellungsmerkmal zuweist, sehen wir als politischen Auftrag: Wir FREIEN WÄHLER wollen Kunst und Kultur aktiv pflegen und fördern und damit Tradition und Brauchtum bewahren und die geistigen Werte Bayerns für nachfolgende Generationen sichern. Dazu zählen der Erhalt und die Pflege von Baudenkmalern wie Schlösser und Burgen, Museen und Galerien, Schauspiel- und Lichtspielhäuser, Orchester und Musikvereine sowie Bibliotheken und Archive.

Daneben wollen wir auch in diesem Bereich Innovationen auf den Weg bringen. Für uns kommt dabei den Kommunen eine tragende Rolle zu. Gerade sie sind gefordert, Kunst und Kultur zu fördern, da sich das kulturelle Leben ebendort abspielt. Kulturelle Identität ist die Voraussetzung dafür, dass Bürger aktiv und kritisch am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen. Wir erachten es für notwendig, die Kultur aller vier bayerischen Stämme und der übrigen in Bayern lebenden Heimatvertriebenen zu erhalten und zu fördern. Wir sehen auch die kulturelle Vielfalt der nach Bayern zugereisten Bürger als Bereicherung unserer Gesellschaft.

Wir FREIEN WÄHLER wollen:

- Fördermittel möglichst dezentral und gerecht verteilen.
- Die kulturelle Vielfalt als Markenzeichen Bayerns in den einzelnen Regionen erhalten.
- Eine regionalisierte Kulturpolitik und eine dezentrale Entscheidungskompetenz.
- Die Anpassung der jeweiligen Förderkriterien an die einzelnen Regionen und eine gleichwertige Kulturförderung, um das kulturelle Angebot im ländlichen Raum zu stärken.

- Die Schaffung passender Rahmenbedingungen, damit sich kulturelle Identitäten entwickeln bzw. entfalten können.
- Eine Reform der Kulturförderung und mehr Transparenz, damit der unüberschaubaren Fülle an Förderinstrumenten und dem Mangel an kulturellen Leitlinien der Bayerischen Staatsregierung ein Ende gesetzt wird.
- Eine nachhaltige Kulturförderung und kulturelle Leitlinien, damit für die Bürger endlich klar ersichtlich wird, wofür welche Mittel verwendet werden.
- Bayern als Bayern bewahren. Dazu gehören die Stärkung der Heimatkunde in der dritten und vierten Jahrgangsstufe der Grundschule und die Förderung der Kenntnis und des Gebrauchs der einheimischen Mundarten.
- Die Förderung der Kunsthandwerksfertigkeiten, die zum Erhalt der Kulturgüter notwendig sind, wie z. B. Stuckateure, Musikinstrumentenbauer oder Kirchenmaler.

17. Außen- und Europapolitik - Für ein starkes Bayern im Herzen Europas

Unsere Heimat Bayern liegt im Herzen der Europäischen Union. Wir FREIEN WÄHLER bekennen uns ausdrücklich zu unserem Friedenswerk „Europa“, das uns Freiheit, Sicherheit, Mobilität, wirtschaftlichen Wohlstand und Raum zur Selbstverwirklichung bietet. Zugleich sehen wir aber Reformbedarf, um das Europa der Zukunft demokratischer, transparenter, handlungsfähiger und menschlicher zu machen. Europa darf nicht länger ein Elitenprojekt sein, sondern muss von seiner Basis getragen werden: Von den Bürgern in den Kommunen und Regionen. Deshalb werden wir auch weiterhin technokratischen Vorschlägen, Überlegungen und Entscheidungen aus Brüssel, wie der Privatisierung unserer Daseinsvorsorge oder dem Verbot unserer Einheimischenmodelle, entschieden entgentreten.

Bayern als unsere Heimatregion ist nach Fläche, Einwohnern und Wirtschaftskraft weitaus größer als viele EU-Mitgliedstaaten. Trotzdem kann der Freistaat als Bundesland seine Interessen in Brüssel nicht ausreichend vertreten. Wir FREIEN WÄHLER wollen dies korrigieren und uns für eine stärkere Mitsprache der bayerischen Bürgerinnen und Bürger in Europa einsetzen.

Wir befürworten auch eine starke außenpolitische Rolle des Freistaats im Rahmen seiner rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten. Von internationalen Partnerschaften und der Präsenz unserer Heimat in der ganzen Welt versprechen wir uns auch in Zukunft eine Verbesserung des Austauschs in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Umwelt, Energie, Wirtschaft und Kultur. Ein wichtiges Anliegen ist für uns aber auch die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in unserer europäischen Nachbarschaft: in Osteuropa, Nordafrika und dem arabischen Raum.

Wir Freien Wähler wollen:

- Den Stopp der Liberalisierungswut der Europäischen Union, damit auch künftig die Daseinsvorsorge, wie unsere Wasserversorgung, in öffentlicher Hand bleibt.

- Eine Stärkung der deutschen Sprache als der meistgesprochenen Muttersprache in Europa.
- Die Einführung von Volksentscheiden bei weiteren Vertragsreformen der EU.
- Eine strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, damit sich die Europäische Union nur auf die Aufgaben beschränkt, die tatsächlich europaweit geregelt werden sollten.
- Die Stärkung der Rolle des Bayerischen Landtags im Rahmen seines Prüfungsrechts über die Frage, ob Brüssel oder nicht doch Bund und Länder bei Gesetzesvorhaben zuständig sind.
- Mehr Gewicht für Bayern in einem einflussreicheren Ausschuss der Regionen, damit das größte und wirtschaftlich stärkste Flächenland Deutschlands in Europa angemessen vertreten ist.
- Die weitere Vertiefung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit Bayerns mit Nachbarregionen, insbesondere im Rahmen der EU-Makrostrategien für den Donau- und Alpenraum.
- Die weitere Fortentwicklung der völkerverbindenden bayerisch-tschechischen Partnerschaft.
- Mehr wirtschaftspolitisches und kulturelles Engagement Bayerns in einer globalisierten Welt durch Vertiefung und Ausbau international bestehender Kooperationen.
- Die Stärkung der Eine-Welt-Politik des Freistaats.
- Eine Fortsetzung des bayerischen Engagements in den Staaten des Arabischen Frühlings, um die Demokratisierung dieser Länder in unmittelbarer Nachbarschaft zu Europa zu unterstützen.

Wir sind bereit, die Zukunft unserer Heimat Bayern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten, damit alle Regionen lebens- und liebenswert bleiben.

Nutzen Sie Ihre Chance und unterstützen Sie uns am 15. September mit Ihrer Stimme!

Wählen Sie **FREIE WÄHLER!**